

werker, die Wissenschaftler und die Künstler und auch die Geschäftsleute, sind in ihrer überwiegenden Mehrheit doch ebenso grundständige, fleißige und friedfertige Menschen wie die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik. Daß viele aktive und schwer belastete Nazis gerade in Westdeutschland untergetaucht sind, daß viele Militaristen und skrupellose Geschäftemacher in Westdeutschland zu Amt und Würden gelangten, daß dort diese unangenehme Sorte Mensch einflußreichste Posten innehat, kann an unserer Einschätzung der Mehrheit der westdeutschen Bürger nichts ändern.

Ich stelle jetzt die Frage: Wollen diese westdeutschen Bürger etwa den Krieg, eine militaristische oder eine faschistische Diktatur? Natürlich nicht! Ich bin davon überzeugt, daß sie das ebensowenig wollen wie wir. Oder sollten sie vielleicht der Überzeugung sein, daß sie zu einem friedlichen und glücklichen Leben unbedingt die atomare Aufrüstung der Bundeswehr, die Notstandsgesetze und den kalten Krieg brauchen? Natürlich nicht! Aber dennoch ist es Tatsache: Diese friedfertigen westdeutschen Bürger haben immer wieder Leute in die Parlamente gewählt, die ihnen zunächst etwas von Frieden, Freiheit, sozialer Sicherheit usw. vorschwätzten, dann aber ganz etwas anderes taten. Herausgekommen ist eigentlich immer das Gegenteil dessen, was die westdeutschen Menschen eigentlich wollten. Also scheint doch an dieser besonderen Art „westdeutscher Demokratie“ irgend etwas nicht zu stimmen.

Eine der Bonner Regierung nahestehende westdeutsche Wochenzeitung schreibt unter dem Titel „Ungeliebter Staat“ folgendes: „Die Staatskrise, die er (der Bundeskanzler) offenbar fürchtet, haben wir schon. Es ist eine schleichende Krise und eine dauernde dazu.“ Der Verfasser beklagt sich darüber, daß es in Westdeutschland eine beharrliche Kampagne „gegen Bonn“ gibt, und er fragt nach den Gründen der „Entfremdung zwischen Intelligenz und Staatsautorität“.

Es ist in Westdeutschland ein tiefer Gegensatz entstanden zwischen den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die den Atomkrieg verhindern möchte, und den militaristischen Ultras, die auf diesen Atomkrieg hinsteuern. Ein weiterer tiefer Gegensatz entstand zwischen dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung, die im Grundgesetz des Bonner Staates versprochenen demokratischen Rechte zu erhalten, und dem Bestreben der Bonner Regierung, durch die Regierungspraxis, die Notstandsgesetzgebung usw. diese Rechte systematisch abzubauen und schließlich ganz zu liquidieren. Es vertiefte sich weiter der Gegensatz